

Sitzungsniederschrift

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen führte die 5. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung am Donnerstag, dem 24.10.2019 in Kremmen, Am Markt 1, Rathaus, Ratssaal - Eingang Mühlenstraße um 19.00 Uhr durch.

a) anwesend

Dr. Gebauer, Stefanie	Vorsitzende
Busse, Sebastian	Mitglied
Steinke, Marcel	Mitglied
Sommer, Lisa	Mitglied
Dietrich, Gert	Mitglied
Winkler, Peter	Mitglied
Koop, Eckhard	Mitglied
Neumann, Lukas	Mitglied
Hornemann, Heino	Mitglied
Klein, André	Mitglied
Tietz, Reiner	Mitglied
Schlichting, Ricky	Mitglied
Brunner, Christoph	Mitglied
Kurth, Jürgen	Mitglied
Bommert, Frank	Mitglied
Voigts, Malte-Sören	Mitglied
Oertel, Helfred	Mitglied
Dalibor, Andreas	Mitglied

b) abwesend

Förster, Arthur	Mitglied
-----------------	----------

c) von der Verwaltung anwesend

Frau Haak, Frau Tamms, Herr Bröker, Herr Wießner, Herr Lerche

d) Gäste

./.

**e) Presse
MAZ/OGA**

Die Mitglieder waren durch **-ordnungsmäßige** - Einladung vom **11.10.2019** auf **Donnerstag, den 24.10.2019** unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen. Zeit, Ort und Stunde der Sitzung sowie die Tagesordnung waren öffentlich bekannt gegeben. Der Vorsitzende stellte bei der Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die **- ordnungsmäßige** - Einberufung keine Einwendungen erhoben wurden. Die Stadtverordnetenversammlung war - nach der Zahl der erschienenen Mitglieder - **beschlussfähig**.

Bestätigte Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung
2. Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschriften über die öffentlichen Teile der Stadtverordnetenversammlungen vom 15.08.2019 und 03.09.2019
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Informationen des Bürgermeisters
5. Einwohnerfragestunde
6. Beratung und Beschluss: Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 76 "Dorfstraße 47, Weberseck" im Ortsteil Sommerfeld
Beschlussvorlage - 01-97-2019
7. Beratung und Beschluss: Änderungsbeschluss für die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 65 "FFW Kremmen" der Stadt Kremmen am Standort Schlossdamm
Beschlussvorlage - 01-98-2019
8. Beratung und Beschluss: Abwägungsbeschluss zum Ergebnis der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB zum Bebauungsplan Nr. 66 "Neue Kietzstr."; Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 66 "Neue Kietzstr."
Beschlussvorlage - 01-99-2019
9. Bebauungsplan Nr. 75 "Neue Kietzstraße / Schwedengasse" der Stadt Kremmen
Betreff: Beratung und Beschluss: Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 75 "Neue Kietzstraße / Schwedengasse" der Stadt Kremmen
Beschlussvorlage - 01-100-2019
10. Beratung und Beschluss: Änderung zum Durchführungsvertrag zum Vorhaben- und Erschließungsplan nach § 12 BauGB B-Plan Nr. 58 "Stationäres Wohnen für Menschen mit geistigen Behinderungen und Mehrfachbehinderungen und Wohnen am Döringsbrücker Weg"
Beschlussvorlage - 01-101-2019
11. Beratung und Beschluss: 3. Änderungssatzung der Hauptsatzung der Stadt Kremmen
- Antrag der DUB-Fraktion -
Beschlussvorlage - 01-113-2019
12. Beratungen und Beschlüsse: Berufung sachkundiger Einwohner für die Mitarbeit in den Ausschüssen
- 12.1 Beratung und Beschluss: Berufung sachkundiger Einwohner für die Mitarbeit im Bau-, Wirtschafts- und Umweltausschuss
Beschlussvorlage - 01-91-2019
- 12.2 Beratung und Beschluss: Berufung sachkundiger Einwohner für die Mitarbeit im Finanzausschuss
Beschlussvorlage - 01-92-2019
- 12.3 Beratung und Beschluss: Berufung sachkundiger Einwohner für die Mitarbeit im Kultur- und Sozialausschuss
Beschlussvorlage - 01-93-2019
13. Beratung und Beschluss: Bestellung der kommunalen Mitgliedervertretung in Wasser- und Bodenverbänden
hier: "Rhin-/Havelluch", "Schnelle Havel" und "Großer Havelländischer Hauptkanal-Havelkanal-Havelseen"
Beschlussvorlage - 01-56-2019
14. Beratung und Beschluss: Benennung der Trägervertreter in die Kita-Ausschüsse der Stadt Kremmen
Beschlussvorlage - 01-109-2019
15. Beratung und Beschluss: Satzung der Stadt Kremmen zur Umlage der Verbandsbeiträge des Gewässerunterhaltungsverbandes "Großer Havelländischer Hauptkanal-Havelkanal-Havelseen" Nauen, rückwirkend zum 01.01.2019
Beschlussvorlage - 01-110-2019
16. Beratung und Beschluss: Satzung der Stadt Kremmen zur Umlage der Verbandsbeiträge des Gewässerunterhaltungsverbandes "Rhin-Havelluch" Fehrbellin, rückwirkend zum 01.01.2019
Beschlussvorlage - 01-111-2019
17. Beratung und Beschluss: Satzung der Stadt Kremmen zur Umlage der Verbandsbeiträge des Gewässerunterhaltungsverbandes "Schnelle Havel" Liebenwalde, rückwirkend zum 01.01.2019
Beschlussvorlage - 01-112-2019
18. Beratung und Beschluss: Außerplanmäßige Ausgabe im Haushaltsjahr 2019 für die Auskehrung im Vermögensrechtlichen Verwaltungsverfahren in Höhe von 120.746,69 €
Beschlussvorlage - 01-87-2019
19. Beratung und Beschluss: Jahresabschluss der Stadt Kremmen für das Haushaltsjahr 2014
Beschlussvorlage - 01-95-2019
20. Beratung und Beschluss: Entlastung des Bürgermeisters zum Jahresabschluss des Haushaltsjahres

2014

- Beschlussvorlage** - 01-96-2019
21. Beratung und Beschluss: Errichtung von Feuerlöschbrunnen im Wald
- Antrag der UWG/LGU/SPD-Fraktion -
- Beschlussvorlage** - 01-94-2019
22. Beratung und Beschluss: Benennung eines Deutsch-Polnischen Städtepartnerschaftsbeauftragten der Stadt Kremmen
- Antrag der UWG/LGU/SPD-Fraktion -
- Beschlussvorlage** - 01-104-2019
23. Beratung und Beschluss: Regionalplan und Ausweisung von grundfunktionalen Schwerpunkten
- Antrag der UWG/LGU/SPD-Fraktion -
- Beschlussvorlage** - 01-105-2019
24. Beratung und Beschluss: Entlastung der Kindertagesbetreuung in der Kita Kremmen
- Antrag der UWG/LGU/SPD-Fraktion -
- Beschlussvorlage** - 01-107-2019
25. Beratung und Beschluss: Durchführung von ergebnisoffenen Bedarfsermittlungen hinsichtlich bedarfsgerechter Öffnungszeiten und Schließzeiten in den Kitas und Horten der Stadt Kremmen bis Ende November 2019 und Vorlage des Ergebnisses im Dezember 2019
- Antrag der UWG/LGU/SPD-Fraktion -
- Beschlussvorlage** - 01-108-2019
26. Beratung und Beschluss: Keine Wertabschöpfung sämtlicher Treuhandkonten der stadteigenen Wohnungen und Konten der Wohnungsbaugesellschaft Kremmen
-Antrag der UWG/LGU/SPD-Fraktion -
- Beschlussvorlage** - 01-118-2019
27. Beratung: Entwurf Sitzungskalender 2020
28. Anfragen und Informationen der Abgeordneten

II. Nichtöffentlicher Teil

1. Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschriften der nichtöffentlichen Teile der Stadtverordnetenversammlungen vom 15.08.2019 und 03.09.2019
2. Beratung und Beschluss: Weitere Entwicklung des Gewerbegebietes „Am Elsholz“
Beschlussvorlage - 01-106-2019
3. Beratung und Beschluss: Erteilung der Genehmigung eines Kaufvertrages über ein Erbbaurecht, Gemarkung Kremmen, Flur 24, Flurstücke 13/1, 13/2 und 13/3
Beschlussvorlage - 01-114-2019
4. Beratung und Beschluss: Vergabe der Lieferleistungen zum Kauf von Schutzkleidung für die Feuerwehr
Beschlussvorlage - 01-102-2019
5. Beratung und Beschluss: Vergabe der Bau- und Dienstleistungen "Neubau Haltestelleeinrichtungen in der Stadt Kremmen"
Beschlussvorlage - 01-117-2019
6. Beratung und Beschluss: Erwerb von zwei Grundstücken in der Gemarkung Kremmen, Flur 5, Flurstücke 451, 422
Beschlussvorlage - 01-88-2019
7. Beratung und Beschluss: Erwerb von zwei Grundstücken in der Gemarkung Kremmen, Flur 5, Flurstücke 443, 396
Beschlussvorlage - 01-90-2019
8. Beratung und Beschluss: Grundstückstausch in der Gemarkung Kremmen, Flur 19, Flurstück 303 und Flur 5, Flurstück 453
Beschlussvorlage - 01-116-2019
9. Beratung und Beschluss: Verkauf eines unbebauten Grundstücks in der Gemarkung Sommerfeld, Flur 2, Flurstück 292
Beschlussvorlage - 01-89-2019
10. Beratung und Beschluss: Verkauf eines unbebauten Grundstücks in der Gemarkung Sommerfeld, Flur 6, Flurstück 44/4
Beschlussvorlage - 01-103-2019
11. Anfragen und Informationen der Abgeordneten

Punkt der Tagesordnung	Verhandlungsniederschrift und Beschlüsse	Abstimmungsergebnis		
	Stadtverordnetenversammlung am 24.10.2019	Ja	Nein	Enth
	I. Öffentlicher Teil			
1.	<p>Eröffnung der Sitzung</p> <p>Die Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Frau Dr. Gebauer, eröffnet am Donnerstag, dem 24.10.2019 um 19 Uhr die 5. Stadtverordnetenversammlung. Sie begrüßt die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, die Bürger, die Pressevertreter und die Mitarbeiter der Verwaltung.</p> <p>Die Vorsitzende stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung und die Beschlussfähigkeit fest. Von insgesamt 19 Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung sind 15 anwesend. Entschuldigt fehlt Herr Förster.</p>			
2.	<p>Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschriften über die öffentlichen Teile der Stadtverordnetenversammlungen vom 15.08.2019 und 03.09.2019</p> <p>Herr Koop meldet sich zu Wort. Er bezieht sich zunächst auf die Niederschrift vom 15.08.2019 Seite 8. Hier stellte er die Frage, ob es einen Plan B gebe, falls keine Fördermittel bereitgestellt werden. Die Antwort war, dass Stadt einen Kredit aufnehmen müsse, falls die Fördermittel ausbleiben. Jetzt ist Ende Oktober und es sind noch keine Fördermittel für den Kita-Anbau bewilligt. Die Kinderbelegungszahlen sagen aus, dass ein Anbau unbedingt notwendig ist. Es müsse schnellstmöglich begonnen werden. Wie sieht der Plan B aus?</p> <p>Weiterhin verweist Herr Koop auf Seite 16 der Sitzungsniederschrift. Aufgrund der zurückliegenden Ereignisse hinsichtlich des Festivals im Sommer stellte Herr Koop einige Fragen. Herr Busse sagte eine schriftliche Antwort zu. Daraufhin wird Herrn Koop die Ausarbeitung des Ordnungsamtes übergeben.</p> <p>Zur Niederschrift vom 03.09.2019 weist Herr Koop auf die Seite 6 hin. Hier wurde zum Spielplatz Amalienfelde erklärt, dass die Baugenehmigung vorliegt und der Fördermittelbescheid sicherlich noch im September kommt. In der Anlage zum Protokoll ist jedoch ersichtlich, dass der Zuwendungsbescheid erst im Frühjahr 2020 erwartet wird. Die Anlage sei der aktuellste Stand, so Herr Busse. Genauere Informationen müssten bei Frau Teßmann erfragt werden.</p> <p>Auf Anfrage von Herrn Koop zu den geplanten Fußgängerbrücken (Maßnahme fehlt im Anhang) erklärt Herr Busse, dass die Verwaltung hofft, in zwei bis drei Wochen den</p>			

	<p>Zuwendungsbescheid zu erhalten.</p> <p>Nachdem keine Änderungs- oder Ergänzungswünsche zu den öffentlichen Teilen der Niederschriften vorgetragen werden, sind diese bestätigt.</p> <p>Zwischenzeitlich erscheint Herr Bommert, so dass 16 Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung anwesend sind.</p>			
3.	<p>Feststellung der Tagesordnung</p> <p>Herr Busse beantragt, den TOP 26 "Beratung und Beschluss: Keine Wertabschöpfung sämtlicher Treuhandkonten der stadteigenen Wohnungen und Konten der Wohnungsbaugesellschaft Kremmen" - Antrag der UWG/LGU/SPD-Fraktion - zunächst an den Aufsichtsrat der Woba am 04.11.2019 und den Finanzausschuss am 12.11.2019 zu verweisen.</p> <p>Zwischenzeitlich erscheint Frau Sommer, so dass 17 Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung anwesend sind.</p> <p>Die Vorsitzende bittet um Abstimmung zum Antrag von Herrn Busse.</p> <p><u>Abstimmungsergebnis:</u> Ja-Stimmen: 11 Nein-Stimmen: 5 Enthaltungen: 1</p> <p>Damit ist der TOP 26 zunächst in den Aufsichtsrat und in den Finanzausschuss vertagt.</p> <p>Anschließend zieht Herr Busse die Tagesordnungspunkte 2 und 3 des nichtöffentlichen Teils der Sitzung zurück. TOP 2 (Beratung und Beschluss: Weitere Entwicklung des Gewerbegebietes "Am Elsholz") und TOP 3 (Beratung und Beschluss: Erteilung der Genehmigung eines Kaufvertrages über ein Erbbaurecht, Gemarkung Kremmen, Flur 24, Flurstücke 13/1, 13/2 und 13/3).</p> <p>Nun erscheint Herr Dalibor, so dass 18 Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung anwesend sind.</p>			
4.	<p>Informationen des Bürgermeisters</p> <p>Herr Busse begrüßt zunächst auch alle Anwesenden und verweist auf die ausgelegte Textsammlung zum Kommunalrecht in Brandenburg.</p> <p>Das Gebiet der Woba an der Ruppiner Chaussee habe sich zwischenzeitlich zu einem sehr schönen Ort entwickelt. Es wird auch noch ein Spielplatz errichtet. Am 22.03.2018 wurde in</p>			

	<p>diesem Zusammenhang die Kapitalerhöhung der Woba beschlossen. Zum damaligen Zeitpunkt habe Herr Koop gebeten, 10 % der Bausumme als Reserve zu sichern. Die Beschlussvorlage wurde dahingehend geändert. Für das Vorhaben waren 1,5 Mio. € geplant und 150.000 € wurden sichergestellt. Nun kann berichtet werden, dass sich die Gesamtkosten auf 1,36 Mio. € belaufen.</p>			
5.	<p>Einwohnerfragestunde</p> <p>Herr H. meldet sich zu Wort und regt an, die Einwohnerfragestunde im Anschluss der Beratungs- und Beschlussthemen durchzuführen.</p> <p>Es folgt ein Zwiegespräch zwischen Herrn H. und Herrn Koop, das die Vorsitzende abbricht. Sie erklärt Herrn H., dass sein Anliegen nicht im Rahmen der Einwohnerbeteiligungssatzung fällt, dies müsse persönlich geklärt werden.</p> <p>Frau L. bezieht sich auf die anstehenden Grundstücksverkäufe. Sie gibt zu bedenken, die Infrastruktur zu erhalten. Der Verkauf der stadteigenen Grundstücke sollte mit Augenmaß erfolgen.</p> <p>Herr Sch. regt ein Halteverbot ab der Dammstraße 10 Richtung Kirchplatz, rechts- und linksseitig, an. Frau Dr. Gebauer berichtet, dass dies bereits Bestandteil des Verkehrskonzeptes sei.</p>			
6.	<p>Beratung und Beschluss: Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 76 "Dorfstraße 47, Weberseck" im Ortsteil Sommerfeld Beschlussvorlage - 01-97-2019</p> <p>Da der Planer des Vorhabens, Herr Rohde, nicht anwesend ist, übernimmt Herr Wießner eine kurze Einführung. Anschließend berichtet der Ortsvorsteher, Herr Kurth, dass auf dem Areal sieben Gebäude mit 70 Wohneinheiten und fünf Gewerberäumen geplant sind. Es sollen 1,5- bis 4,5-Zimmerwohnungen entstehen, und alle behindertengerecht. Der Wohnbedarf sei groß und das gesamte Vorhaben für Sommerfeld eine Bereicherung.</p> <p>Herr Tietz ist Sommerfelder und begrüßt dieses Vorhaben sehr. In der Begründung steht, dass sich der Grundstückseigentümer bereit erklärt hat, die Kosten die Planaufstellung zu übernehmen. Das sei völlig normal und stehe dann im städtebaulichen Vertrag. Ihm genüge dies jedoch nicht. Die Fraktion Links und Grün beantragt daher folgende Ergänzung zum Beschlusstext:</p> <p>"4. Der Bürgermeister wird beauftragt, auf der Grundlage BauGB 11 mit dem Investor einen städtebaulichen Vertrag</p>			

<p>abzuschließen, der auch eine Vereinbarung über einen ständigen Anteil von 15 % an mietpreis- und belegungsgebunden Wohnungen mit einer Miethöhe von maximal 7,80 Euro/kalt sowie weitere Festlegungen für eine Beteiligung an den Kosten für die Infrastruktur sichert." Er begründet den Antrag wie folgt: "Die Stadt Kremmen sollte diese Festlegung anstreben, um den Bezug von Wohnungen für die Sommerfelder und anderer Bürger aus der Region zu ortsüblichen Mieten zu ermöglichen. Mit dem Bezug der geplanten Wohnungen wird die Einwohnerzahl im Ortsteil beträchtlich ansteigen und es werden sich damit erhöhte Anforderungen an die kommunale Infrastruktur insgesamt ergeben. Das betrifft die Kinderbetreuung, das Schulwesen und die Abwasserbehandlung, aber auch die Belastung der Wasserversorgung, des ÖPNV und der gesundheitlichen Betreuung. Deshalb ist die Kostenbeteiligung daran notwendig.</p> <p>Herr Bommert hat dafür kein Verständnis. Es handelt sich um einen privaten Bauherrn, dem man nichts vorschreiben könne. Das Vorschreiben des Mietpreises sei rechtlich auch nicht möglich und falle auch nicht in den Zuständigkeitsbereich der Abgeordneten. Gemäß § 11 BauGB ist die Möglichkeit gegeben, so Herr Tietz. Diese Praxis sei "tausendfach" üblich in Deutschland.</p> <p>Nach Beendigung der Wortmeldungen bittet Frau Dr. Gebauer um Abstimmung zum Ergänzungsantrag von Herrn Tietz.</p> <p><u>Abstimmungsergebnis:</u> Ja-Stimmen: 5 Nein-Stimmen: 11 Enthaltungen: 2</p> <p>Damit ist der Antrag abgelehnt.</p> <p>Anschließend folgt die Abstimmung zur Beschlussvorlage.</p> <p>Während der Abstimmung trifft noch der Planer Herr Rohde ein. Er entschuldigt seine Verspätung aufgrund der Schwierigkeiten im Personennahverkehr. Fragen an ihn werden nicht mehr gestellt, Frau Dr. Gebauer schließt den Tagesordnungspunkt.</p> <p>"Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beschließt:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Für den in der Anlage dargestellten räumlichen Geltungsbereich wird gemäß § 2 Abs. 1 BauGB ein Bebauungsplan mit der Bezeichnung "Dorfstr. 47, Weberseck" aufgestellt. Der räumliche Geltungsbereich umfasst die Flurstücke 108/1, 108/2 und 109 der Flur 2 der Gemarkung Sommerfeld und hat eine Größe von 0,66 Hektar. 2. Planungsziel ist die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzungen für die 			
---	--	--	--

	<p>Errichtung von Wohngebäuden.</p> <p>3. Der Bebauungsplan wird im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a Baugesetzbuch (BauGB) aufgestellt. Eine Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB wird nicht durchgeführt, es wird kein Umweltbericht erarbeitet, von der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sowie von der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit wird abgesehen.</p> <p>4. Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen. Dabei ist anzugeben, wo sich die Öffentlichkeit innerhalb einer bestimmte"</p>			
	<p>Stimmverhältnis: einstimmig Abstimmung: laut Vorschlag</p>	18	0	0
7.	<p>Beratung und Beschluss: Änderungsbeschluss für die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 65 "FFW Kremmen" der Stadt Kremmen am Standort Schlossdamm Beschlussvorlage - 01-98-2019</p> <p>Frau Dr. Gebauer weist zu Beginn darauf hin, dass im 1. Absatz des letzten Satzes das Flurstück 447 noch hinzugefügt werden müsse. Dieses Flurstück wurde versehentlich weggelassen.</p> <p>Es sollte die Möglichkeit geprüft werden, die Innenbereichssatzung so zu erweitern, dass der Bereich bis zur Landesstraße mit aufgenommen wird. Es handelt sich um eine Klarstellungssatzung, erklärt Frau Tamms. Eine Erweiterung ist nicht möglich.</p> <p>Herr Koop erklärt, dass der Ortsbeirat Kremmen mehrheitlich die Empfehlung zur Beschlussfassung ausgesprochen habe. Der Bau-, Wirtschafts- und Umweltausschuss (BUWA) habe dem einstimmig zugestimmt, berichtet Herr Schlichting.</p> <p>Die Vorsitzende bittet um Abstimmung.</p> <p>"Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beschließt:</p> <p>Die Stadt Kremmen beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung des Bebauungsplanes "FFW Kremmen" für das in der Anlage umgrenzte Gebiet auf der westlichen Seite des Schlossdamms. Wesentliche Planungsziele sind die Festsetzung einer Fläche für den Gemeinbedarf mit der Zweckbestimmung Feuerwehr und einer öffentlichen Parkfläche. Das Plangebiet umfasst die Flurstücke 443, 445, 447, 451, 453 der Flur 5 in der Gemarkung Kremmen jeweils teilweise gemäß Anlage.</p> <p>Die Stadt Kremmen beabsichtigt, auf den Flurstücken 443, 451 und 453 ein Feuerwehrgerätehaus mit bis zu 8 Stellplätzen inklusive der erforderlichen Nebenanlagen und Stellplätze neu zu errichten. Auf den Flurstücken 445 und 447 ist die Sicherung eines öffentlichen Parkplatzes beabsichtigt. Beide Anlagen sollen nach Möglichkeit über eine Zufahrt erschlossen werden.</p> <p>Die Stadt Kremmen beschließt gleichzeitig, die frühzeitige Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB durchzuführen."</p>			

	Stimmverhältnis: einstimmig Abstimmung: laut Vorschlag	16	0	2
8.	<p>Beratung und Beschluss: Abwägungsbeschluss zum Ergebnis der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB zum Bebauungsplan Nr. 66 "Neue Kietzstr."; Satzungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 66 "Neue Kietzstr." Beschlussvorlage - 01-99-2019</p> <p>Nachdem keine Fragen gestellt werden, bittet die Vorsitzende um Abstimmung. "Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beschließt:</p> <p>1. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beschließt nach erfolgter Abwägung der Hinweise und Anregungen, die im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB und der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 zum Bebauungsplan Nr. 66 "Neue Kietzstr." vorgebracht wurden, die in den Beschlussempfehlungen dargelegte Berücksichtigung und Nichtberücksichtigung der Hinweise und Anregungen gemäß der Anlage.</p> <p>2. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beschließt entsprechend dem Abwägungsergebnis auf der Grundlage des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634) den Bebauungsplan Nr. 66 "Neue Kietzstr.", bestehend aus Planzeichnung und den textlichen Festsetzungen in der Fassung vom April 2019 als Satzung.</p> <p>3. Die Begründung zum Bebauungsplan Nr. 66 "Neue Kietzstr." mit Stand August 2019 wird gebilligt.</p> <p>4. Der Satzungsbeschluss sowie Angaben darüber, an welchem Ort und zu welchen Zeiten der Bebauungsplan mit der Begründung von jedermann auf Dauer eingesehen und Auskunft über seinen Inhalt verlangt werden kann, sind ortsüchlich bekannt zu machen.</p> <p>Der Flächennutzungsplan wird im Wege der Berichtigung angepasst.</p> <p>Anlagen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Auswertung der eingegangenen Stellungnahmen im Rahmen der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB sowie der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB (Abwägungsvorlage) - Planzeichnung Bebauungsplan Nr. 66 „Neue Kietzstr.“, Fassung zum Satzungsbeschluss, Stand: August 2019 - Begründung zum Bebauungsplan Nr. 66 „Neue Kietzstr.“, Fassung zum Satzungsbeschluss, Stand August 2019 			
	Stimmverhältnis: einstimmig Abstimmung: laut Vorschlag	18	0	0
9.	<p>Bebauungsplan Nr. 75 "Neue Kietzstraße / Schwedengasse" der Stadt Kremmen Betreff: Beratung und Beschluss: Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 75 "Neue Kietzstraße / Schwedengasse" der Stadt Kremmen Beschlussvorlage - 01-100-2019</p> <p>Herr Brunner schlägt eine erweiterte Planung Richtung Fontaneweg. Daraufhin erklärt Herr Schlichting, dass dies aufgrund der Bebauung nicht mehr möglich sei. Der Weg zum Fontaneweg würde dann private Grundstücke verlaufen.</p>			

	<p>Herr Tietz spricht die dort vorhandenen Kleingärten an. Die Abgeordneten sollten sich dafür einsetzen, dass diese Gärten erhalten bleiben.</p> <p>Herr Busse habe mit dem Eigentümer gesprochen und gebeten, dass den langjährigen Gartennutzern ein Vorkaufsrecht eingeräumt werden sollte. Dies haben sie auch mündlich zugestimmt. Es könnten auch Ausgleichsflächen angeboten werden. Es gibt viele Gärten, die immer wieder angeboten werden können.</p> <p>Herr Koop stimmt Herrn Tietz zu. Die Verwaltung sollte prüfen, welche Ausgleichsflächen zur Verfügung gestellt werden können. Er erhalte auch Anfragen von Einwohnern, ob es weitere Parzellen geben könnte.</p> <p>Nach Beendigung aller Wortmeldungen folgt die Abstimmung. "Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beschließt:</p> <p>1. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 75 "Neue Kietzstraße /Schwedengasse". Das Plangebiet umfasst das Flurstück 21 der Flur 29 in der Gemarkung Kremmen. Planungsziel ist eine Bebauung mit etwa sechs Einfamilienhäusern mit maximal zwei Geschossen im Rahmen der Nachverdichtung.</p> <p>2. Das Verfahren soll gemäß § 13 b BauGB 2017 im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung gemäß § 2 Abs. 4 BauGB durchgeführt werden.</p> <p>3. Von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung gemäß § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB wird abgesehen. Die Beteiligung der Öffentlichkeit erfolgt gemäß § 3 Abs. 2 BauGB. Die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange erfolgt nach § 4 Abs. 2 BauGB.</p> <p>4. Der Flächennutzungsplan wird im Zuge der laufenden Neuaufstellung angepasst.</p> <p>Anlagen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Übersichtskarte mit Kennzeichnung der Lage des Grundstücks - Ausschnitt aus der Innenbereichssatzung mit Kennzeichnung des Grundstücks - Ausschnitt aus der Liegenschaftskarte mit Kennzeichnung des Grundstücks - Luftbild mit Kennzeichnung des Grundstücks" 			
	<p>Stimmverhältnis: einstimmig</p> <p>Abstimmung: laut Vorschlag</p>	17	0	1
10.	<p>Beratung und Beschluss: Änderung zum Durchführungsvertrag zum Vorhaben- und Erschließungsplan nach § 12 BauGB B-Plan Nr. 58 "Stationäres Wohnen für Menschen mit geistigen Behinderungen und Mehrfachbehinderungen und Wohnen am Döringsbrücker Weg"</p> <p>Beschlussvorlage - 01-101-2019</p> <p>Fragen zur Beschlussvorlage werden nicht gestellt.</p> <p>Es gehe hier lediglich um die Erhöhung der Betreuungsplätze von 28 auf 30, macht Frau Dr. Gebauer deutlich.</p> <p>Es folgt die Abstimmung. "Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beschließt die in der Anlage beigefügte Änderung zum Durchführungsvertrag zum Vorhaben- und</p>			

	<p>Erschließungsplan nach § 12 BauGB B-Plan Nr. 58 "Stationäres Wohnen für Menschen mit geistigen Behinderungen und Mehrfachbehinderungen und Wohnen am Döringsbrücker Weg".</p> <p>Anlagen -Ergänzung zum Durchführungsvertrag "</p>			
	<p>Stimmverhältnis: einstimmig Abstimmung: laut Vorschlag</p>	18	0	0
11.	<p>Beratung und Beschluss: 3. Änderungssatzung der Hauptsatzung der Stadt Kremen - Antrag der DUB-Fraktion - Beschlussvorlage - 01-113-2019</p> <p>Ziel der Änderungssatzung sei u.a., eine stärkere Mitwirkung und frühzeitige Beteiligung der Stadtverordnetenversammlung bei der Verwendung der Gelder der Stadt Kremen zu erreichen, erklärt Herr Koop. Auch andere Gemeinden des Landkreises seien beispielgebend., wie z.B. Liebenwalde oder Fürstenberg. Städte und Gemeinden mit höheren Werten gebe es zwar auch, aber die Einwohnerzahlen würden dementsprechend auch höher sein. Die Wertgrenze von 10 T€ solle jedoch kein Dogma sein. Prinzipiell sollte jedoch eine frühere Beteiligung im Verfahren gegeben sein, auch im Hinblick auf die Haushaltsentwicklung der Stadt Kremen. Er verweist hierzu auf die Kontrollpflicht lt. Kommunalverfassung. Für den weiteren Änderungsantrag in der Hauptsatzung ist ein CDU-Antrag der Stadt Rheinsberg beispielgebend. Die DUB-Fraktion bezieht sich auf ein Mitspracherecht für die Arbeitsverträge ab der Entgeltgruppe E10. Hier sollte die Stadtverordnetenversammlung ein gewisses Mitspracherecht haben, auch im Hinblick auf die Qualifikation bei Einstellungen. Es folgen mehrere Wortmeldungen.</p> <p>U.a. meint Herr Kurth, dass mit der Wertgrenze über 10.000 € dem Bürgermeister ein Korsett angelegt werden würde. Es gebe keinen großen Handlungsspielraum. Er befürchte auch, dass es alle drei bis vier Wochen Sondersitzungen notwendig sind, weil Vergabeentscheidungen zu treffen sind. Er schlägt vor, die Wertgrenze auf 20 T€ zu erhöhen und meint, dass dies ein guter Kompromiss sein würde.</p> <p>Herr Busse bedauert, dass die Fraktion nicht im Vorfeld mit ihm über diese Thematik gesprochen habe, hier hätte einiges vorab geklärt werden können. So gab es im Jahr 2018 35 Aufträge zwischen 10.000 und 25.000 € Auftragsvolumen. Diese hätten alle in der SVV beschlossen werden müssen. Die Verwaltung habe sich an das Vergabegesetz zu halten. Die Verwaltung hätte einen Vergabebeauftragten und es erfolge auch die Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt. Der Zweckverband Kremen hätte z.B. die Wertgrenzen für Vergaben komplett</p>			

<p>auch der Satzung herausgenommen. Im Rahmen der Haushaltsplanung würden auch die Abgeordneten entscheiden, welche Maßnahmen umgesetzt werden sollen. Die Wertgrenze über 10.000 € führe zu einer Blockierung der Verwaltung. Herr Voigts meint, dass bei dem Preisindex die 25 T€ schon nicht mehr zeitgemäß seien. Die Wahlergebnisse würden auch dafür stimmen, dass in Kremen vieles richtig gemacht werde. Er könne dem Antrag nicht zustimmen.</p> <p>Herr Neumann hält den Antrag der DUB-Fraktion für "absolut schwammig". Es gebe keine Gründe und er sehe die Entscheidung für den Antrag als Misstrauensvotum gegenüber der Verwaltung.</p> <p>Herr Schlichting verweist auf die derzeit steigenden Preise. Auch sei es manchmal sinnvoll, Projekte früher stoppen zu können und verweist hierzu auf den Kita-Ausbau in Staffelde, dort seien die Kosten "durchgebrannt". Die Änderung hinsichtlich des Mitsprachrechtes in bestimmten Personalangelegenheiten halte er für sinnvoll, da die Fachbereichsleiter viel mit den Abgeordneten zusammenarbeiten würden.</p> <p>Herr Tietz meint, dass in den heutigen Zeiten ein schneller Handlungsbedarf erforderlich ist, die Befugnisse sollten nicht eingeschränkt werden. Zum Pkt. 2 müsse man sich an die Kommunalverfassung halten, hier sei erst ein Mitspracherecht ab der E 12 vorgesehen. Er würde dem Bürgermeister empfehlen, zukünftig für diese Personalentscheidungen im nichtöffentlichen Teil der Sitzung den Rat der Abgeordneten einzuholen ab der E 10.</p> <p>Herr Koop erklärt hierzu, dass der Rheinsberger CDU durch die Kommunalaufsicht geprüft wurde und wurde Inhalt der Hauptsatzung. Er beantragt die Abstimmung.</p> <p>Der Antrag von Herrn Winkler, über die Beschlussvorlage in zwei Teile abzustimmen, kam gemäß Geschäftsordnung zu spät.</p> <p>Frau Dr. Gebauer bittet um Abstimmung über den Antrag von Herrn Kurth, die Wertgrenzen auf 20 T€ festzulegen.</p> <p><u>Abstimmungsergebnis:</u> Ja-Stimmen: 10 Nein-Stimmen: 7 Enthaltungen: 1</p> <p>Damit ist der Antrag angenommen.</p> <p>Es folgt die Abstimmung zur Beschlussvorlage mit der genannten Änderung.</p> <p>Mit dem Abstimmungsergebnis ist der Beschluss abgelehnt.</p>			
---	--	--	--

	“Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die in der Anlage beigefügte 3. Änderungssatzung der Hauptsatzung der Stadt Kremmen.”			
	Stimmverhältnis: einstimmig Abstimmung: abgelehnt	9	9	0
12.	Beratungen und Beschlüsse: Berufung sachkundiger Einwohner für die Mitarbeit in den Ausschüssen Die Vorsitzende, Frau Dr. Gebauer, gibt zum jeweiligen Tagesordnungspunkt die aus den Ausschüssen vorgeschlagenen sachkundigen Einwohner bekannt.			
12.1	Beratung und Beschluss: Berufung sachkundiger Einwohner für die Mitarbeit im Bau-, Wirtschafts- und Umweltausschuss Beschlussvorlage - 01-91-2019 Nachdem keine Fragen gestellt werden, folgt die Beschlussfassung. “Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beruft gemäß § 43 Abs. 4 BbgKVerf folgende sachkundige Einwohner in den Bau-, Wirtschafts- und Umweltausschuss: Herr Gordon Gebauer Herr Georg Schiprowski Herr Mike Klinke Herr Brian Berger.”			
	Stimmverhältnis: einstimmig Abstimmung: laut Vorschlag	18	0	0
12.2	Beratung und Beschluss: Berufung sachkundiger Einwohner für die Mitarbeit im Finanzausschuss Beschlussvorlage - 01-92-2019 Frau Dr. Gebauer bittet die Abgeordneten um Abstimmung. “Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beruft gemäß § 43 Abs. 4 BbgKVerf folgende sachkundige Einwohner in den Finanzausschuss: Herr Klaus-Peter Fiene Frau Margit Schlichting Frau Heidi Sommer.”			
	Stimmverhältnis: einstimmig Abstimmung: laut Vorschlag	18	0	0
12.3	Beratung und Beschluss: Berufung sachkundiger Einwohner für die Mitarbeit im Kultur- und Sozialausschuss Beschlussvorlage - 01-93-2019 Frau Dr. Gebauer bittet die Abgeordneten um Abstimmung. “Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beruft gemäß § 43 Abs. 4 BbgKVerf folgende sachkundige Einwohner in den Kultur- und Sozialausschuss: Herr Daniel Wedewardt Herr André Heß Frau Heidi Sommer Frau Steffanie Marzahn.”			
	Stimmverhältnis: einstimmig Abstimmung: laut Vorschlag	18	0	0
13.	Beratung und Beschluss: Bestellung der kommunalen Mitgliederververtretung in Wasser- und Bodenverbänden			

	<p>hier: "Rhin-/Havelluch", "Schnelle Havel" und "Großer Havelländischer Hauptkanal-Havelkanal-Havelseen" Beschlussvorlage - 01-56-2019</p> <p>Herr Koop schlägt für die Vertretung von Herrn Busse für die Wasser- und Bodenverbände "Schnelle Havel" und "Großer Havelländischer Hauptkanal-Havelkanal-Havelseen" Herrn Brunner vor. Herr Brunner würde dieses Amt übernehmen.</p> <p>Herr Busse informiert, dass der Wasser- und Bodenverband "Rhin-/Havelluch" seine Satzung geändert habe. Aus Kremmen konnten sich drei Bewerber zur Wahl stellen. Herr Förster, Herr Brunner und Herr Busse stellten sich zur Wahl. Von den 30 Kandidaten wurden alle drei Bewerber aus Kremmen in den Ausschuss gewählt.</p> <p>Anschließend folgt die Abstimmung. "Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beschließt, dass die Mitgliedsrechte der Stadt Kremmen in den Wasser- und Bodenverbänden "Schnelle Havel" und "Großer Havelländischer Hauptkanal-Havelkanal-Havelseen" durch:</p> <p>Herrn Sebastian Busse (Bürgermeister) Am Markt 1, 16766 Kremmen</p> <p>und bei dessen Verhinderung durch: Herrn Christoph Brunner</p> <p>und im Wasser- und Bodenverband "Rhin-/Havelluch" durch</p> <p>Herrn Sebastian Busse Herrn Christoph Brunner Herrn Arthur Förster</p> <p>als bestellte Vertreter der Stadt Kremmen gem. § 28 Abs. 2 Nr. 6 BbgKVerf wahrgenommen werden."</p>			
	<p>Stimmverhältnis: einstimmig Abstimmung: laut Vorschlag</p>	18	0	0
14.	<p>Beratung und Beschluss: Benennung der Trägervertreter in die Kita-Ausschüsse der Stadt Kremmen Beschlussvorlage - 01-109-2019</p> <p>Herr Busse verweist auf die vorliegende Tischvorlage. In Kremmen habe man sich darauf geeinigt, die jeweilige Anzahl auf vier zu erhöhen.</p> <p>Nachdem keine Fragen gestellt werden, bittet die Vorsitzende um Abstimmung. "Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beschließt auf Empfehlung der Ortsbeiräte folgende Trägervertreter in die Kita-Ausschüsse der Stadt Kremmen zu entsenden:</p> <p>Kita Kremmen: Bürgermeister, Frau Dr. Gebauer, Herr Steinke und Herr Koop Kita Sommerfeld: Bürgermeister, Herr Hiersemann (Vertr.Herr Tietz) und Herr Winkler</p>			

	<p>Kita Flatow: Bürgermeister und Herr Krüger (Vertr. Herr Dietrich) Kita Hohenbruch: Bürgermeister und Herr Grützmaker (Vertr. Herr Hannemann) Kita Staffelde: Bürgermeister und Herr Przywara (Vertr. Herr Hornemann)</p> <p>Die Kita-Ausschüsse setzen sich wie folgt zusammen:</p> <p>Kremmen: 4/4/4 (Träger/Erzieher/Eltern) Sommerfeld/Beetz: 3/3/3 (Träger/ Erzieher/Eltern) Staffelde: 2/2/2 (Träger/Erzieher/Eltern) Flatow: 2/2/2 (Träger/Erzieher/Eltern) Hohenbruch: 2/2/2 (Träger/Erzieher/Eltern)"</p>			
	<p>Stimmverhältnis: einstimmig Abstimmung: laut Vorschlag</p>	18	0	0
15.	<p>Beratung und Beschluss: Satzung der Stadt Kremmen zur Umlage der Verbandsbeiträge des Gewässerunterhaltungsverbandes "Großer Havelländischer Hauptkanal-Havelkanal-Havelseen" Nauen, rückwirkend zum 01.01.2019 Beschlussvorlage - 01-110-2019 Die Satzungsänderungen beziehen sich vorwiegend auf die Erhöhungen der Beitragsumlageanteile der Wasser- und Bodenverbände sowie die Höhe des kalkulierten Verwaltungskostenumlageanteils auf 15 %, berichtet Frau Dr. Gebauer. In Anbetracht der wirtschaftlichen Lage in der Landwirtschaft beantragt Herr Brunner, in allen drei Satzungen den Verwaltungskostenumlageanteil bei 10 % zu belassen.</p> <p>Herr Koop fragt, aus welchem Grund die Satzung rückwirkend erlassen wird. Hierzu erklärt Herr Bröker, dass nach den Beschlussfassungen die Beitragsumlageanteile in System eingepflegt werden müssen. Dies sei ein großer Komplex. Die Erhöhung der Umlage gelte auch stets ab dem 01.01. d. Jahres. Wann die Bescheide der Verbände in der Verwaltung eingingen, könne er nicht sagen.</p> <p>Auf Anfrage von Frau Dr. Gebauer erklärt Herr Bröker, dass ca. 8 T€ an Mehreinnahmen zu verzeichnen wären, falls der Verwaltungskostenumlageanteil auf 15 % angehoben wird.</p> <p>Nach Beantwortung aller Anfragen bittet Frau Dr. Gebauer um Abstimmung zum Änderungsantrag von Herrn Brunner.</p> <p><u>Abstimmungsergebnis:</u> Ja-Stimmen: 12 Nein-Stimmen: 4 Enthaltungen: 2</p> <p>Damit ist der Antrag angenommen. Es folgt die Abstimmung zur Beschlussvorlage. "Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beschließt die in der Anlage beigefügte Satzung zur Umlage der Verbandsbeiträge des Gewässerunterhaltungsverbandes "Großer Havelländischer Hauptkanal-</p>			

	Havelkanal-Havelseen" Nauen rückwirkend zum 01.01.2019. Gleichzeitig tritt die Satzung der Stadt Kremmen zur Umlage der Verbandsbeiträge des Gewässerunterhaltungsverbandes Großer Havelländischer Hauptkanal-Havelkanal-Havelseen" Nauen vom 01.01.2017 außer Kraft."			
	Stimmverhältnis: einstimmig Abstimmung: abweichend	18	0	0
16.	<p>Beratung und Beschluss: Satzung der Stadt Kremmen zur Umlage der Verbandsbeiträge des Gewässerunterhaltungsverbandes "Rhin-Havelluch" Fehrbellin, rückwirkend zum 01.01.2019 Beschlussvorlage - 01-111-2019 Zunächst bittet Frau Dr. Gebauer um Abstimmung zum Änderungsantrag.</p> <p><u>Abstimmungsergebnis:</u> Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 4 Enthaltungen: 1</p> <p>Damit ist der Antrag angenommen.</p> <p>Es folgt die Abstimmung zur Beschlussvorlage.</p> <p>"Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beschließt die in der Anlage beigefügte Satzung zur Umlage der Verbandsbeiträge des Gewässerunterhaltungsverbandes "Rhin-Havelluch" Fehrbellin rückwirkend zum 01.01.2019.</p> <p>Gleichzeitig tritt die Satzung der Stadt Kremmen zur Umlage der Verbandsbeiträge des Gewässerunterhaltungsverbandes "Rhin-Havelluch" Fehrbellin vom 01.01.2017 außer Kraft."</p>			
	Stimmverhältnis: einstimmig Abstimmung: abweichend	18	0	0
17.	<p>Beratung und Beschluss: Satzung der Stadt Kremmen zur Umlage der Verbandsbeiträge des Gewässerunterhaltungsverbandes "Schnelle Havel" Liebenwalde, rückwirkend zum 01.01.2019 Beschlussvorlage - 01-112-2019 Frau Dr. Gebauer bittet um Abstimmung zum Änderungsantrag.</p> <p><u>Abstimmungsergebnis:</u> Ja-Stimmen: 12 Nein-Stimmen: 4 Enthaltungen: 4 2</p> <p>Damit ist der Antrag angenommen.</p> <p>Die Vorsitzende bittet um die Abgeordneten um Abstimmung über die Beschlussvorlage.</p> <p>"Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beschließt die in der Anlage beigefügte Satzung zur Umlage der Verbandsbeiträge des Gewässerunterhaltungsverbandes "Schnelle Havel" Liebenwalde rückwirkend zum 01.01.2019.</p> <p>Gleichzeitig tritt die Satzung der Stadt Kremmen zur Umlage der Verbandsbeiträge des Gewässerunterhaltungsverbandes "Schnelle Havel" Liebenwalde vom 01.01.2017 außer Kraft."</p>			

	Stimmverhältnis: einstimmig Abstimmung: abweichend	18	0	0
18.	<p>Beratung und Beschluss: Außerplanmäßige Ausgabe im Haushaltsjahr 2019 für die Auskehrung im Vermögensrechtlichen Verwaltungsverfahren in Höhe von 120.746,69 € Beschlussvorlage - 01-87-2019 Herr Kurth meldet sich zu Beginn und stellt im Auftrag von Herrn Förster (Ortsvorsteher Hohenbruch) den Antrag, die Beschlussvorlage von der Tagesordnung zu nehmen, da er noch Klärungsbedarf sehe.</p> <p>Herr Bröker erhält die Gelegenheit, die Beschlussvorlage zu begründen. So hat auch die damalige Gemeinde verschiedene Grundstücke verkauft und nun ist von einigen Teilflächen der Eigentümer ermittelt worden. Für den Fall, dass ein Rechtsanspruch geltend gemacht wird, musste der erzielte Verkaufserlös als Rückstellung bilanziert werden. Es gebe eine Frist, bis wann die Auszahlung erfolgen muss. Möglicherweise komme auch noch eine Zinsberechnung auf die Stadt zu. Der Verkaufserlös ist im Bestand der Liquidität der Stadt Kremmen, weil es 1994 verkauft und bei der Gemeindegebietsreform auch übergeben wurde. Seit Einführung der Doppik musste dies als Rückstellung bilanziert werden. Mit der Auskehrung an die BVVG wird die Rückstellungen aufgelöst. Die Auskehrung hat aufgrund der gebildeten Rückstellungen keinen negativen Einfluss auf die Ergebnisrechnung. Auf jeden Fall müsse gezahlt werden.</p> <p>Nach Beantwortung aller Fragen folgt die Abstimmung zum Vertagungsantrag von Herrn Kurth.</p> <p><u>Abstimmungsergebnis:</u> Ja-Stimmen: 3 Nein-Stimmen: 8 Enthaltungen: 7</p> <p>Damit ist der Antrag abgelehnt.</p> <p>Anschließend folgt die Abstimmung zur Beschlussvorlage.</p> <p>"Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beschließt die außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von 120.746,69 € im Haushaltsjahr 2019 für die Auskehrung im Vermögensrechtlichen Verwaltungsverfahren."</p>			
	Stimmverhältnis: einstimmig Abstimmung: laut Vorschlag	14	1	3
19.	<p>Beratung und Beschluss: Jahresabschluss der Stadt Kremmen für das Haushaltsjahr 2014 Beschlussvorlage - 01-95-2019 Herr Bröker gibt die Erläuterungen anhand einer Power-Point-</p>			

	<p>Präsentation. Hier geht er u.a. auf folgendes ein:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Vergleich Ergebnisrechnung 2012 - 2014 - Vergleich Finanzrechnung 2012 - 2014 - Schlussbilanz zum 31.12.2014 (Aktivseite + Passivseite) - Verbindlichkeitenübersicht - Prüfvermerk des RPA vom 09.09.2019. <p>Es folgen mehrere Wortmeldungen.</p> <p>U.a. fragt Frau Sommer, was passiert, wenn die Entlastung nicht ausgesprochen wird. Welche Konsequenzen gibt es? Hier müsse sich Herr Bröker bei der Kommunalaufsicht erkundigen.</p> <p>Weiterhin spricht Frau Sommer von Verstößen gegen das Haushaltsrecht an und fragt, ob die geforderte Korrekturbuchung 2015 vorgenommen wurde. Herr Bröker erklärt, dass das Jahr 2014 geprüft wurde. Die Korrekturbuchungen werden mit der Aufstellung der Jahresrechnung 2015 durchgeführt.</p> <p>Herr Koop meint, dass es sich hier um einen schwerwiegenden Vorwurf handelt und gegen geltendes Haushaltsrecht verstoßen wurde. Herr Bröker bezieht sich hierzu auf die Stellungnahme der Verwaltung zum Prüfbericht.</p> <p>Nachdem alle Fragen beantwortet sind, bittet die Vorsitzende um Abstimmung.</p> <p>"Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beschließt gemäß § 82 (4) der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) den geprüften Jahresabschluss der Stadt Kremmen für das Haushaltsjahr 2014."</p>			
	<p>Stimmverhältnis: mehrstimmig Abstimmung: laut Vorschlag</p>	15	1	2
20.	<p>Beratung und Beschluss: Entlastung des Bürgermeisters zum Jahresabschluss des Haushaltsjahres 2014 Beschlussvorlage - 01-96-2019</p> <p>Nachdem keine Fragen gestellt werden, bittet Frau Dr. Gebauer um Abstimmung.</p> <p>"Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen erteilt dem Bürgermeister der Stadt Kremmen entsprechend § 82 (4) der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg(BbgKVerf) die Entlastung für das Haushaltsjahr 2014."</p>			
	<p>Stimmverhältnis: mehrstimmig Abstimmung: laut Vorschlag</p>	15	2	1
21.	<p>Beratung und Beschluss: Errichtung von Feuerlöschbrunnen im Wald - Antrag der UWG/LGU/SPD-Fraktion - Beschlussvorlage - 01-94-2019</p> <p>Der Fraktionsvorsitzende, Herr Dalibor, macht deutlich, dass geeignete Stellen für Feuerlöschbrunnen recherchiert werden sollen. Anschließend begründet Herr Kurth den Antrag. Jeder, der die Gegend kennt, könne den Antrag nachvollziehen, erklärt</p>			

	<p>Herr Kurth. Wenn z. B. der Feuerteufel aus dem Löwenberger Land nach Sommerfeld/Beetz zieht, wird sich das Feuer auch seinen Weg suchen. Die Verwaltung sollte Lösungswege suchen und evtl. mit dem Löwenberger Land zusammenarbeiten.</p> <p>Herr Busse habe vor einigen Wochen aus der Presse erfahren, dass es Fördermöglichkeiten für Feuerlöschbrunnen gebe. Daraufhin habe er Herrn Lützow mit der Recherche beauftragt. Die Auswertung ist auch der Beschlussvorlage beigelegt. Er habe zur Thematik Herrn Lützow und den Stadtbrandmeister Herrn Lerche eingeladen. Herr Lützow geht noch einmal auf seine Stellungnahme ein und beantwortet die Fragen der Abgeordneten. U.a. macht er deutlich, dass es diese Förderung vom Land nur gebe, wenn die Stadt auch im Besitz des betreffenden Waldes ist. Insbesondere der Wald in der Beetzer Heide gehört nicht der Stadt, sondern der Gesellschaft DBU Naturerbe und die Liegenschaften werden durch das Bundesforstamt verwaltet. Und förderfähig ist nur was im Waldschutzplan geplant ist. Für die Stadt Kremen sind nur Löschwasserentnahmestellen mitten in der Schleuener-Beetzer Heide geplant. Herr Leche legt seinen Standpunkt aus Sicht der Feuer dar. Demnach sei die Feuerwehr mit dem bisherigen Zustand gut gestellt. Es bestehe ein Vertrag mit der Kläranlage, dort könne Wasser entnommen werden. Zudem unterstützen die großen Betriebe, wie die Orion Agrar GmbH, der Spargelhof und die Firma Berger. Dafür sei man auch sehr dankbar. Er war selbst in Treuenbrietzen, die Situation war dort so extrem, weil der Wald nicht betreten werden durfte.</p> <p>Es folgen mehrere Wortmeldungen. U.a. weist Herr Schlichting noch einmal darauf hin, dass es um die Recherche geht und um die Prüfung möglicher Fördermittelanträge. Herr Koop meint, dass die Bevölkerung ruhiger schläft, wenn gewiss ist, dass genügend Wasser zur Verfügung steht. Was passiert, wenn die Betriebe nicht mehr unterstützen können? Die möglichen Standorte sollten recherchiert werden. Die Beantragung von Fördermitteln oder die Erstellung eines Katastrophenplanes dauern auch seine Zeit. Unter Umständen tut sich ein Fördertopf auf, dann wäre die Vorbereitung schon gegeben.</p> <p>Herr Tietz beantragt, den letzten Satz zu streichen und dafür den folgenden Satz aufzunehmen: "Die Verbindung zur Bundesforstbehörde ist aufzunehmen." Dann könne geklärt werden, ob zumindest auf diesen Flächen Brunnen gebaut werden.</p> <p>Die Vorsitzende bittet um Abstimmung zum Antrag.</p>			
--	---	--	--	--

	<p>Abstimmungsergebnis: Ja-Stimmen: 15 Nein-Stimmen: 3 Enthaltungen: keine</p> <p>Frau Dr. Gebauer bittet um Abstimmung über den geänderten Antrag.</p> <p>“Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Bürgermeister gemeinsam mit dem Stadtbrandmeister, dem Kreisbrandmeister und den zuständigen Förstern geeignete Stellen zu recherchieren, an denen die Installation von Feuerlöschbrunnen erforderlich und möglich ist.</p> <p>Die Verbindung zur Bundesforstbehörde ist aufzunehmen.”</p>			
	<p>Stimmverhältnis: mehrstimmig Abstimmung: abweichend</p>	16	2	0
22.	<p>Beratung und Beschluss: Benennung eines Deutsch-Polnischen Städtepartnerschaftsbeauftragten der Stadt Kremmen - Antrag der UWG/LGU/SPD-Fraktion - Beschlussvorlage - 01-104-2019</p> <p>Der Fraktionsvorsitzende, Herr Dalibor, begründet den Beschlussantrag. Daraufhin folgen mehrere Wortmeldungen. U.a. meint Herr Schlichting, dass die Kontakte der Feuerwehren und der Schule bereits funktionieren, hier seien auch schon Freundschaften entstanden. Die Zusammenarbeit auf politischer Ebene und der Verwaltungen sollte jedoch wieder angeschoben werden. Herr Voigt verweist in diesem Zusammenhang auf Herrn Reckin, der in der Vergangenheit sehr aktiv war. Er würde dies auch tendenziell übernehmen, berichtet Herr Schlichting. Die Legitimation durch die Stadtverordnetenversammlung sollte erfolgen. Herr Koop regt an, dass der Beauftragte auch polnisch sprechen sollte. Auf Hinweis zur Finanzierung von Herrn Bommert erklärt Frau Dr. Gebauer, dass Mittel im Haushalt eingeplant seien. Zudem meint Herr Voigts, dass sowohl der Bürgermeister als auch die Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung bei den Begegnungen teilnehmen sollten. Dies stimmt Herr Tietz zu, natürlich stehe die Politik in dieser Frage an der Spitze. Sollte Herr Reckin das übernehmen, habe er keine Sorge. Herr Busse sagt zu, einen öffentlichen Aufruf in der Presse zu starten.</p> <p>Die Vorsitzende bittet nun um Abstimmung.</p> <p>“Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen benennt einen Bürger nach einem öffentlichen Aufruf zum ehrenamtlichen Beauftragten für den Deutsch-Polnischen Städteausaustausch der Stadt Kremmen. Dieser Beauftragte soll die Aufgabe haben, den Austausch der Politik, Verwaltung, Schulen, Vereine und Feuerwehr zu fördern und zu koordinieren.”</p>			
	<p>Stimmverhältnis: mehrstimmig Abstimmung: laut Vorschlag</p>	17	1	0

23.	<p>Beratung und Beschluss: Regionalplan und Ausweisung von grundfunktionalen Schwerpunkten - Antrag der UWG/LGU/SPD-Fraktion - Beschlussvorlage - 01-105-2019</p> <p>Herr Dalibor und Herr Schlichting begründen den Antrag. U.a. erklärt Herr Schlichting, dass der endgültige Satzungsbeschluss sicherlich erst in einigen Jahren vorliegen wird. Daher sollte versucht werden, die Ausweisung der Grundfunktionalen Schwerpunkte vom gesamten Verfahren herauszulösen. Herr Busse hat gestern die Einladung zur nächsten Regionalversammlung am 13.11.2019 erhalten. Er werde versuchen, für diese Regionalversammlung noch einen Beschlussantrag einzubringen.</p> <p>Herr Tietz hält die Formulierung des Beschlussantrages für gehaltlos. Der Bürgermeister ist jetzt stimmberechtigtes Mitglied in der Regionalversammlung und sollte auch einen Beschlussantrag einbringen. Er stellt daher folgenden Änderungsantrag:</p> <p>"Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Bürgermeister der Stadt Kremmen als Regionalrat, in der nächsten Regionalversammlung gemeinsam mit anderen Bürgermeistern und Regionalräten aus dem Kreistag Oberhavel zu versuchen, einen Beschluss zur Ausweisung von Grundfunktionalen Schwerpunkten in einem spezifischen Regionalplan "Grundfunktionen der Daseinsfürsorge" zeitnah, vor der langwierigen Ausarbeitung und Beschlussfassung des zusammenfassenden und fachübergreifenden Regionalplanes, zu erreichen."</p> <p>Die Vorsitzende bittet um Abstimmung zum Änderungsantrag.</p> <p><u>Abstimmungsergebnis:</u> Ja-Stimmen: 18 Nein-Stimmen: keine Enthaltungen: keine</p> <p>Damit ist der Änderungsantrag angenommen.</p> <p>Es folgt die Abstimmung zur geänderten Beschlussvorlage.</p> <p>"Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Bürgermeister der Stadt Kremmen als Regionalrat, in der nächsten Regionalversammlung gemeinsam mit anderen Bürgermeistern und Regionalräten aus dem Kreistag Oberhavel zu versuchen, einen Beschluss zur Ausweisung von Grundfunktionalen Schwerpunkten in einem spezifischen Regionalplan „Grundfunktionen der Daseinsfürsorge“ zeitnah, vor der langwierigen Ausarbeitung und Beschlussfassung des zusammenfassenden und fachübergreifenden Regionalplanes, zu erreichen."</p>			
-----	--	--	--	--

	Stimmverhältnis: Abstimmung:	einstimmig laut Vorschlag	18	0	0
24.	<p>Beratung und Beschluss: Entlastung der Kindertagesbetreuung in der Kita Kremmen - Antrag der UWG/LGU/SPD-Fraktion - Beschlussvorlage - 01-107-2019</p> <p>Im Rahmen der Begehung der Ausschussmitglieder und der Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung hat die Kita-Leiterin mitgeteilt, dass die Kremmener Kita ab Januar 2020 keine Kinder mehr aufnehmen könne, berichtet Herr Dalibor. Die Kapazität von 148 Kindern sei dann erreicht und dies auch schon nur mit Ausnahmegenehmigung. Daher habe die Fraktion den Antrag eingebracht.</p> <p>Frau Haak gibt Erläuterungen anhand einer Power-Point-Präsentation, die in der Anlage beigelegt ist. Alle Anmeldungen sind eingearbeitet und bis zum August nächsten Jahres berücksichtigt.</p> <p>Herr Koop weist noch einmal auf die Ausnahmegenehmigung hin, in dem die geforderte m²-Zahl und der Betreuungsschlüssel heruntergerechnet wurde. So stehen für die Erzieher keine Räumlichkeiten zur Verfügung, in dem z.B. Elterngespräche geführt werden können. In den drei Gruppenräumen sind 33 Kinder untergebracht im Alter von 2,5 - 6 Jahren, die Türen sind immer offen. In den Gruppenräumen befindet sich auch die Garderobe für die 33 Kinder. Die Kinder kommen mittags nicht zur Ruhe. Um 11 Uhr bekommen die Kleinsten ihr Mittagessen, um 11:15 kommt eine Gruppe zum Umziehen und 15 Minuten später kommt die nächste Gruppe. Genauso sieht es auch zur Schlafenszeit aus. Es bestehe dringender Handlungsbedarf. Es gibt auch nur vier Toiletten für die Kinder, dies sei schon ein Ausnahmezustand, der nicht länger geduldet werden kann. Das betreffe auch die nächste Gruppe mit 27 Kindern. Aufgrund des Lärmpegels und der Akustik sei die pädagogische Arbeit sehr schwer möglich. Es wollen doch alle, dass unsere Kinder gut betreut werden. Es muss zu einer Entspannung führen. Zudem verweist Herr Koop auf die Neubauten, die derzeit in Kremmen entstehen (wie z.B. in Orion und im Ziegeleiweg).</p> <p>Auf Anfrage von Herrn Steinke erklärt Herr Wießner, dass noch nicht abgeschätzt werden könne, wie lange es dauert, bis der Container für die Kinder bereitsteht. Der Bau würde zwar relativ schnell gehen, aber die erforderlichen Vorarbeiten, wie Anschlüsse usw. würde dauern. Herr Busse ist mit der derzeitigen Situation auch nicht zufrieden, er erwarte dringend den Fördermittelbescheid. Wir müssen reagieren, wenn die Plätze bald nicht mehr ausreichen, meint Herr Schlichting. Er</p>				

<p>habe das Gefühl, in diesem Jahr werden keine Fördermittel fließen.</p> <p>Herr Koop habe nicht umsonst bereits vor einiger Zeit nach einem Plan B gefragt. So habe er erfahren, dass Grüneberg mit dem Fördermittelgeber einen vorzeitigen Maßnahmebeginn vereinbart. Die Verwaltung sollte dies ebenfalls versuchen und beim Fördermittelgeber nachfragen.</p> <p>Herr Oertel sagt, dass die Problematik bereits seit langem bekannt ist und fragt sich, was der Bürgermeister getan hat. Die Gemeinschaftsunterkünfte wurden innerhalb von acht Monaten erbaut und für die Kinder passiere nichts. Wie auch von Herrn Koop vorgeschlagen, sollten Kreditkonditionen erfragt werden.</p> <p>Herr Dalibor begrüßt den Vorschlag von Herrn Koop, beim Fördermittelgeber über einen vorzeitigen Maßnahmebeginn nachzufragen. Es spricht auch die erforderlichen finanziellen Mittel an. Es werden schon viele freiwillige Leistungen übernommen und man müsse darüber beraten, evtl. zu reduzieren. In Bildung und Kinder zu investieren, sei jedoch sehr wichtig.</p> <p>Herr Busse wird sich gleich morgen mit dem Bürgermeister der Gemeinde Löwenberger Land in Verbindung setzen, um ihm zum vorzeitigen Maßnahmebeginn zu befragen. Zudem weist er darauf hin, dass in Staffelde 23 Kita-Plätze für 140 T€ geschaffen wurden. Das ist schon eine gute Umsetzung.</p> <p>Herr Koop stellt nun folgenden Änderungsantrag: "Die Stadtverwaltung wird beauftragt, kurzfristig Finanzierungsmöglichkeiten zu suchen, diese bis zum Jahresende vertraglich abzuschließen und zeitnah für den geplanten und beantragten Kitaanbau, spätestens bis zum Ende der Frostperiode, zu beginnen. Sollte dieses nicht realisierbar sein, muss eine Lösung mit Containerbauten umgesetzt werden."</p> <p>Herr Bröker und Frau Dr. Gebauer weisen auf die Schwierigkeit hin, „die Finanzierungsmöglichkeiten bis zum Jahresende vertraglich abzuschließen“, hier sollte zu verhandeln eingefügt werden. Eine Finanzierungsmöglichkeit ist die Aufnahme eines Kredits. Die Genehmigung bedarf der Kommunalaufsicht. Gegenstimmen sind nicht zu verzeichnen.</p> <p>Anschließend bittet Frau Dr. Gebauer um Abstimmung über den Änderungsantrag.</p> <p><u>Abstimmungsergebnis:</u></p>			
---	--	--	--

	<p>Ja-Stimmen: 15 Nein-Stimmen: 3 Enthaltungen: 0</p> <p>Es folgt die Abstimmung über die geänderte Beschlussvorlage. "Die Stadtverwaltung wird beauftragt, kurzfristig Finanzierungsmöglichkeiten zu suchen, diese bis zum Jahresende vertraglich zu verhandeln und zeitnah den geplanten und beantragten Kitaanbau, spätestens bis zum Ende der Frostperiode, zu beginnen. Sollte dieses nicht realisierbar sein, muss eine Lösung mit Containerbauten umgesetzt werden."</p>			
	<p>Stimmverhältnis: mehrstimmig Abstimmung: laut Vorschlag</p> <p>Frau Dr. Gebauer weist darauf hin, dass es bereits 21:43 Uhr ist und laut Geschäftsordnung kein weiterer Tagesordnungspunkt aufgerufen werden könne. Die Folgesitzung findet am 05.11.2019 um 19 Uhr im Ratssaal statt, eine schriftliche Einladung hierzu wird es nicht geben.</p> <p>Herr Busse weist auf die Dringlichkeit der zwei Vergaben im nicht öffentlichen Teil der Sitzung hin. Daraufhin schlägt Herr Dalibor vor, diese beiden Tagesordnungspunkte noch abzuhandeln.</p> <p>Frau Dr. Gebauer bittet um Abstimmung über die Fortführung der Sitzung zu diesen beiden Tagesordnungspunkten. <u>Abstimmungsergebnis:</u> Ja-Stimmen: 18 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0</p> <p>Somit wird die Sitzung fortgeführt.</p>	15	3	0
25.	<p>Beratung und Beschluss: Durchführung von ergebnisoffenen Bedarfsermittlungen hinsichtlich bedarfsgerechter Öffnungszeiten und Schließzeiten in den Kitas und Horten der Stadt Kremmen bis Ende November 2019 und Vorlage des Ergebnisses im Dezember 2019 - Antrag der UWG/LGU/SPD-Fraktion - Beschlussvorlage - 01-108-2019 Wird in der Folgesitzung behandelt!</p>			
26.	<p>Beratung und Beschluss: Keine Wertabschöpfung sämtlicher Treuhandkonten der städteigenen Wohnungen und Konten der Wohnungsbaugesellschaft Kremmen -Antrag der UWG/LGU/SPD-Fraktion - Beschlussvorlage - 01-118-2019 In den Woba-Aufsichtsrat und Finanzausschuss verwiesen! "Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen beschließt, dass keine Wertabschöpfung sämtlicher Treuhandkonten der städteigenen Wohnungen und Konten der Wohnungsbaugesellschaft Kremmen mbH durch die Stadt Kremmen erfolgen darf. Dieses kann nur im Einvernehmen mit der Stadtverordnetenversammlung erfolgen."</p>			
27.	<p>Beratung: Entwurf Sitzungskalender 2020 Wird in der Folgesitzung behandelt!</p>			
28.	<p>Anfragen und Informationen der Abgeordneten Wird in der Folgesitzung behandelt!</p>			

Sitzungsniederschrift
zur Fortsetzungssitzung

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kremmen führte die 6. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung am Dienstag, dem 05.11.2019 in Kremmen, Am Markt 1, Rathaus, Ratssaal - Eingang Mühlenstraße um 19.00 Uhr durch.

a) anwesend

Dr. Gebauer, Stefanie	Vorsitzende
Schlichting, Ricky	Mitglied
Koop, Eckhard	Mitglied
Klein, André	Mitglied
Neumann, Lukas	Mitglied
Oertel, Helfred	Mitglied
Förster, Arthur	Mitglied
Sommer, Lisa	Mitglied
Tietz, Reiner	Mitglied
Busse, Sebastian	Mitglied
Hornemann, Heino	Mitglied
Steinke, Marcel	Mitglied
Dietrich, Gert	Mitglied
Brunner, Christoph	Mitglied
Kurth, Jürgen	Mitglied

b) abwesend

Herr Frank Bommert, Herr Malte Voigts, Herr Andreas Dalibor, Herr Peter Winkler

c) von der Verwaltung anwesend

Frau Haak, Herr Bröker

d) Gäste

./.

e) Presse

./.

Der Vorsitzende stellte bei der Eröffnung der Sitzung fest, dass gegen die - **ordnungsmäßige** - Einberufung keine Einwendungen erhoben wurden. Die Stadtverordnetenversammlung war - nach der Zahl der erschienenen Mitglieder - **beschlussfähig**.

Bestätigte Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1. Beratung und Beschluss: Durchführung von ergebnisoffenen Bedarfsermittlungen hinsichtlich bedarfsgerechter Öffnungszeiten und Schließzeiten in den Kitas und Horten der Stadt Kremmen bis Ende November 2019 und Vorlage des Ergebnisses im Dezember 2019
Beschlussvorlage - 01-108-2019
2. Beratung: Entwurf Sitzungskalender 2020
3. Anfragen und Informationen der Abgeordneten

II. Nicht öffentlicher Teil

1. Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschriften der nichtöffentlichen Teile der Stadtverordnetenversammlungen vom 15.08.2019 und 03.09.2019
2. Beratung und Beschluss: Erwerb von zwei Grundstücken in der Gemarkung Kremmen, Flur 5, Flurstücke 451, 422
Beschlussvorlage - 01-88-2019
3. Beratung und Beschluss: Erwerb von zwei Grundstücken in der Gemarkung Kremmen, Flur 5, Flurstücke 443, 396
Beschlussvorlage - 01-90-2019
4. Beratung und Beschluss: Grundstückstausch in der Gemarkung Kremmen, Flur 19, Flurstück 303 und Flur 5, Flurstück 453
Beschlussvorlage - 01-116-2019
5. Beratung und Beschluss: Verkauf eines unbebauten Grundstücks in der Gemarkung Sommerfeld, Flur 2, Flurstück 292
Beschlussvorlage - 01-89-2019
6. Beratung und Beschluss: Verkauf eines unbebauten Grundstücks in der Gemarkung Sommerfeld, Flur 6, Flurstück 44/4
Beschlussvorlage - 01-103-2019
7. Anfragen und Informationen der Abgeordneten

Punkt der Tagesordnung	Verhandlungsniederschrift und Beschlüsse	Abstimmungsergebnis		
	Stadtverordnetenversammlung - Fortsetzungssitzung am 05.11.2019	Ja	Nein	Enth
	I. Öffentlicher Teil			
1.	<p>Beratung und Beschluss: Durchführung von ergebnisoffenen Bedarfsermittlungen hinsichtlich bedarfsgerechter Öffnungszeiten und Schließzeiten in den Kitas und Horten der Stadt Kremen bis Ende November 2019 und Vorlage des Ergebnisses im Dezember 2019 Beschlussvorlage - 01-108-2019</p> <p>Frau Dr. Gebauer eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Von insgesamt 19 Stadtverordneten sind 14 anwesend. Entschuldigt fehlen Herr Bommert, Herr Voigts und Herr Winkler.</p> <p>Der stellv. Fraktionsvorsitzende; Herr Förster, bittet Herrn Schlichting, den Beschlussantrag zu begründen. Er erklärt u.a., dass immer mehr Arbeitgeber von Ihren Mitarbeitern einen flexiblen Arbeitseinsatz erwarten. Die Erweiterung der Öffnungszeiten soll den Eltern ermöglichen, ihren Beschäftigungen besser nachgehen zu können. Aufgrund der notwendigen Fortsetzungssitzung schlägt die Fraktion vor, die Bedarfsermittlung bis Ende Dezember 2019 durchzuführen und die Ergebnisse den Stadtverordneten im Januar 2020 vorzulegen.</p> <p>Bereits im Jahr 2017 war die Thematik bereits im Gespräch. Es zeigte sich jedoch, dass der Bedarf zur Erweiterung der Öffnungszeiten nicht vorhanden war. Bis zum heutigen Tag gibt es auch keinen Antrag von Familien oder Elternteilen auf Erweiterung der Öffnungszeiten. Auch in den regelmäßig stattfindenden Kitaleiter-Beratungen war dies kein Thema. Die Verwaltung und die Kitas arbeiten schon seit vielen Jahren mit dem IFK (Institut für angewandte Familien-, Kindheits- und Jugendforschung e.V.) zusammen. Im März führte das IFK in allen Kitas eine Elternbefragung durch. Im Ergebnis konnte festgestellt werden, dass keine Änderungen erforderlich sind.</p> <p>Zwischenzeitlich kommt Frau Sommer um 19:04 Uhr, so dass 15 Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung anwesend sind.</p> <p>Anschließend informiert Frau Haak anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage) über die Ergebnisse der Elternbefragung. Die Befragung fand im I. Quartal 2019 statt und wurde in den Kitas ausgewertet, berichtet Herr Busse.</p> <p>Frau Dr. Gebauer übergibt vorübergehend die Sitzungsleitung an Herrn Brunner und erklärt daraufhin, dass der Fragebogen sehr umfangreich sei und eine Rücklaufquote von 54 % ist auch</p>			

sehr gering. Wichtig wäre, einen einfachen Fragebogen für die Eltern zu fertigen, um den Bedarf nach verlängerten Öffnungszeiten und eingeschränkten Schließzeiten zu ermitteln.

Herr Tietz hält eine neue Befragung in den Kitas für nicht erforderlich. Ein Aushang in den Kitas mit dem folgenden Text: "Wer mit den Öffnungszeiten nicht zufrieden ist, möchte sich an die zuständige Mitarbeiterin wenden", wäre ausreichend.

Frau Dr. Gebauer übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

Es folgen noch mehrere Wortmeldungen.

U.a. berichtet Herr Schlichting, dass viele Mütter bereits um 5:45 Uhr an den Bahnhöfen stehen und auch um 17/18 Uhr. Es sollte nochmals eine Befragung durchgeführt werden, dies sei doch kein großer Aufwand. Wir geben ein Signal nach außen und passen uns den Zeiten der Gesellschaft an. Sprechen die Eltern einzeln in der Verwaltung vor, würde das auch viel mehr Arbeit bedeuten.


Herr Neumann weist auf die durchgeführte Umfrage hin, die eindeutig ergeben hat, dass eine Erweiterung nicht erforderlich ist. Dass viele Eltern den Fragebogen nicht ausgefüllt hätten, halte er für ein schlechtes Argument. Wer was verändert haben möchte, würde auch den Fragebogen ausfüllen. Ein Aushang in den Kitas würde genügen, eine weitere Befragung halte er für unnötig.


Herr Hornemann regt eine einfache Befragung über die Kita-Ausschüsse an.

Herr Tietz stellt folgenden Änderungsantrag: "Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in den Kitas öffentlich in Form von Aushängen zu befragen, welche Eltern Probleme mit den Öffnungszeiten haben und mit der Verwaltung sprechen wollen. Mit den Ergebnissen muss überlegt werden, wie geholfen werden kann."

Herr Koop berichtet, dass es in Kremmen mehrere Standorte für Aushänge gebe. Dies sei dann sehr schwierig. Er habe nicht so viel Zeit, alle Standorte zu begehen. Die Eltern, die Bedarf haben, gehen nicht zur Verwaltung. Eine Befragung der Eltern wäre vorteilhafter. Er glaube auch nicht, dass eine Öffnungszeit bis 20 Uhr gewünscht werde und hält 18 Uhr für realistisch. Abschließend stellt er laut Geschäftsordnung den Antrag auf Abstimmung.

	<p>Grundbuch von Sommerfeld, Blatt-Nr. 969 Flur 6, Flurstück 44/4 Größe: 1.122 m²</p> <p>an Frau Nora Erdmann, Schwarzkopffstr. 8, 10115 Berlin.</p> <p>Der Verkehrswert für diese Liegenschaft wurde durch den Sachverständigen Herrn Horst Troppens in Kremmen gemäß Verkehrswertgutachten zum Stichtag 09.09.2019 in Höhe von 2.310,00 € ermittelt.</p> <p>Der Verkaufspreis wird in Höhe von 2.500,00 € festgelegt und gilt als Festpreis.</p> <p>Alle mit dem Abschluss des Vertrages anfallenden Aufwendungen sowie die Kosten für das Wertgutachten trägt der Erwerber.</p> <p>Der Bürgermeister wird mit der Vorbereitung und Durchführung der Vertragsabwicklung <u>beauftragt und bevollmächtigt.</u>"</p>			
	<p>Stimmverhältnis: einstimmig Abstimmung: laut Vorschlag</p>	15	0	0
7.	<p>Anfragen und Informationen der Abgeordneten</p> <p>Frau Dr. Gebauer ist über die derzeitige Lage unzufrieden. Sie wünscht sich sehr einen respektvollen Umgang. Es geht hier um die Stadt Kremmen und nicht um persönliche Differenzen. Gemeinsam was erreichen, ist das Ziel.</p> <p>Hierzu folgen einige Wortmeldungen.</p> <p>U. a. erklärt Herr Neumann, dass dies bereits vor einigen Sitzungen gefordert wurde. Und Herr Hornemann meint, dass viele Anträge vorab in den Ausschüssen behandelt bzw. in der Verwaltung bearbeitet werden könnten. Dann gebe es auch keine so umfangreiche Tagesordnung.</p> <p>Herr Schlichting berichtet, dass der Stadtwehrführer sein Amt zum 31.12.2019 aufgeben wird. Herr Busse erklärt, dass drei Anhörungen in den Löschzügen durchgeführt werden. Die Beschlussvorlage zur Benennung eines neuen Stadtwehrführers soll dann zur Dezember-Sitzung eingebracht werden.</p> <p>Nach Beendigung aller Wortmeldungen schließt Frau Dr. Gebauer die Sitzung um 20:09 Uhr.</p>			


Dr. Stefanie Gebauer
Vorsitzende der SVV


Doris Sievert
Schriftführerin

